



Beschluss der 686. Sitzung des Präsidiums am 15. Mai 2018

Bewertung des Kommissionsvorschlages zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU

Der Deutsche Bauernverband bewertet den Vorschlag der EU-Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 wie folgt:

1. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist der Eckpfeiler der europäischen Integration. Sie dient der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und sichert in hohem Maße die Attraktivität und Vitalität ländlicher Räume. Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen schmerzhaften Einschnitte für die Landwirtschaft und für die ländlichen Räume bedeuten einen Rückgang des EU-Agrarhaushaltes um 5 Prozent (minus 18 Milliarden Euro) und einen fehlenden Inflationsausgleich – zugleich wird der Gesamthaushalt um etwa 25 Prozent (etwa 250 Milliarden Euro) angehoben. Dies ist völlig unverständlich und wird der Bedeutung der Landwirtschaft und der Ländlichen Räume für Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Europa nicht gerecht.
Der DBV unterstreicht seine Forderung, das Budget für beide Säulen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) stabil zu halten. Die Anhebung der EU-Haushaltsobergrenze auf insgesamt 1,11 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) ist positiv, aber reicht nicht aus, um die Finanzlücke infolge des Brexit zu schließen und die zahlreichen zusätzlichen Aufgaben mit hohem „europäischem Mehrwert“ zu finanzieren.
2. Eine Kürzung der GAP-Finanzmittel würde voll zu Lasten der Einkommen der Landwirte und ihrer Wettbewerbsfähigkeit gehen. Die mit den GAP-Mitteln verbundenen gesellschaftlichen Leistungen, etwa im Klima- und Umweltschutz, würden durch die vorgeschlagenen Kürzungen erheblich leiden. Spielräume für noch mehr gesellschaftliche Leistungen würden gänzlich verloren gehen. Eine generelle weitere Verschärfung der Umweltauflagen und ein damit verbundener noch höherer Bürokratieaufwand für landwirtschaftliche Direktzahlungen (Cross Compliance/neu: Konditionalität) wird daher gänzlich abgelehnt.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich gemäß Koalitionsvertrag mit Nachdruck für ein stabiles Agrarbudget in beiden Säulen der GAP einzusetzen.